

14. Gleichheit, Differenz, Identität, Inklusion, Solidarität

Der Vorwurf, man kümmere sich mehr um Geflüchtete und Minderheiten als um die Interessen der »hart arbeitenden Bevölkerung« (Martin Schulz, SPD), ist nicht neu. Man hört ihn von Antiliberalen, wie Donald Trump oder Alexander Gauland, von Hans-Georg Maassen, aber auch von kommunitaristisch orientierten Linken wie Mark Lilla, Bernd Stegemann, Sigmar Gabriel, Nils Heisterhagen oder Sahra Wagenknecht. In ihrem Buch *Die Selbstgerechten* unterstellt Wagenknecht, angebliche »Lifestyle-Linke« gingen mit ihren Debatten über Denk- und Sprachverbote an den Bedürfnissen der klassischen Mittelschicht vorbei. Linksliberale Identitätspolitik konterkarieren Gemeinsinn und »Wir-Gefühl« und stelle das Trennende in den Vordergrund. Stattdessen doziert Wagenknecht ihre eigene nationale Identitätspolitik: »Deutsche zuerst!« Wagenknechts »Wir« umfasst nur die eigene Nation. Das gesellschaftlich Ganze, we, the people, gibt es in stark individualisierten Gesellschaften längst nicht mehr. Die Arbeiterklasse als gesellschaftlich dominante Klasse gehört der Vergangenheit an. Inzwischen ist »Identitätspolitik kein Privileg linksliberaler akademischer Mittelschichten, sondern die entscheidende Politikform geworden«¹ – auch von rechts, notiert der Soziologie Armin Nassehi. Letztlich geht es um die soziale, rechtliche, politische und kulturelle Integration aller Gruppen in die Gesellschaft, um Inklusion. Wenn wir das Rassendenken durchbrechen wollen, sollten wir lernen, *Race* als soziale Kategorie zu verstehen. Das »Problem des 20. Jahrhunderts, die soziale und rechtliche Ungleichheit«, schreibt der Soziologe W.E.B. Du Bois, »ist das Problem der color line«, man könnte auch von einem »rassistischen Kapitalismus² sprechen. Linke Politik war im 19. Jahrhundert Identitätspolitik, im Namen der Arbeiterklasse. Die »Arbeiterklasse« war nicht das zwangsläufige Resultat ökonomischer Umstände, sie konstruierte sich selbst, indem es ihr gelang, ihr Eigeninteresse zu verallgemeinern. Im Widerstand gegen Rassismus,

1 Armin Nassehi: Debatte um Flüchtlinge. Wer ist schuld am Rechtspopulismus? SZ, 12.12.2016, <https://www.sueddeutsche.de/kultur/debatte-um-fluechtlings-wer-ist-schuld-a-m-rechtspopulismus-1.3290773?reduced=true>

2 Ananya Roy: Radikale Demokratie, SZ, 27.11.2019, S. 11.

Ungleichheit und Diskriminierung kann Gemeinsamkeit entstehen oder wie Mithu M. Sanyal formuliert: »Wir alle sind diese Gesellschaft.«³ Dieses »Wir« im Sinne von Rechtsgleichheit ohne Aufgabe der Identität hat Arendt eingefordert. Identität existiert nicht, ist keine Sache des Wesens, sondern der Positionierung, wie der Kultursoziologe Stuart Hall ausführt, stets offen, letztlich eine Sache des Erzählers, mit denen Individuen und Kollektive sich politisch, historisch und kulturell verorten – und verortet werden. Auf ein So-sein, verwiesen durch Herrschaft: das Weibliche, der Schwule, die Deutschen, die Juden.⁴

Bereits als Biografin von Rahel Varnhagen entdeckte Arendt, dass dem Gleichheitsideal der Aufklärung eine Spannung zwischen politischer Gleichheit und den soziokulturellen, ethnischen, religiösen, sprachlichen, geschlechtsspezifischen Formen der Differenz (Benhabib 1998: 13) innewohnt. Varnhagen galt allgemein als Beispiel einer glückten Emanzipation, wobei sie nach außen ihre Herkunft bis zur Selbstverleugnung verdrängte. Arendt wurde klar, welchen Preis Rahel Varnhagen für den Eintritt in die egalitäre, aufgeklärte Gesellschaft zu zahlen hatte: die Verleugnung ihrer jüdischen Herkunft. Da Arendt zufolge für Varnhagen die »Zugehörigkeit zum Judentum kein Teil des ›allgemeinen Übels‹ gewesen war, das sie ›zusammen mit allen anderen aus der Welt zu schaffen‹ oder gemeinsam zu ertragen vermochte, sei es ihr zum »besonderen Unglück« geworden und hätte »sie ›doppelt und zehnfach‹ getroffen, ganz auf ihre Person spezialisiert: ›ihr individuelles Schicksal, so unentrinnbar wie ein Buckel oder ein Klumpfuß‹«⁵. Arendt wusste aus eigener Erfahrung: Man wird »das Judentum nicht los, wenn man sich von den anderen Juden trennt« (ebd.: 203) und isoliert. Sie kritisiert deshalb den »Dunkel der ›aufgeklärten‹ Juden gegen die ›zurückgebliebenen Glaubensbrüder‹« (ebd.), womit sie insbesondere die Ostjuden meinte. Wer seinen eigenen Ursprung verleugne und die Solidarität mit denen, »die es noch nicht geschafft haben«, aufkündige, sei, so Arendt, »ein Lump« (ebd.: 208). Auf dem Totenbett bekannte sich Varnhagen schließlich entschieden zu ihrem Jüdischsein. Um »keinen Preis möchten ich das jetzt missen« (ebd.: 15). Rahel habe sich ihr Leben lang gegen eine Gesellschaft gesträubt, die Assimilation forderte und »die ihr nie das Primitivste, Wenigste und Wichtigste von sich aus zugestanden hätte: gleiche Menschenrechte« (ebd.: 156).

Die junge Hannah Arendt war, wie sie selbst bekannte, bis zu diesem Zeitpunkt politisch naiv. Mit dem Scheitern der ersten deutschen Republik wurde sie vor Fragen gestellt, die mit ihrer Situation als Jüdin in Deutschland zu tun hatten. Von nun

3 Mithu M. Sanyal: *Identitti*, München 2021, S. 424.

4 Vgl. Sabine Hark: Identitätspolitik. Wer spricht hier für wen? Die Zeit, 31.07.2019, <https://www.zeit.de/kultur/2019-07/identitaet-identitaetspolitik-diskriminierung-aktivismus-philosophie/komplettansicht>

5 Hannah Arendt: *Rahel Varnhagen. Liebesgeschichte einer Jüdin aus der Romantik*, München 1981, S. 202.

an begann sie politisch zu denken. Im April 1933 schrieb sie aus Anlass des 100. Todestages von Rahel Varnhagen einen Text, der in der *Kölnischen Zeitung* und in der *Jüdischen Rundschau* veröffentlicht wurde: »Die jüdische Assimilation scheint heute in Deutschland ihren Bankrott anmelden zu müssen« (Thomas Wild 2006: 23). Es war die Geschichte einer gescheiterten Assimilation, die in Deutschland 1933 an ihr Ende gelangte. In ihrem Buch knüpfte Arendt an ihre Dissertation über den Liebesbegriff bei Augustinus an, eine Liebe, die Heidegger ihr in Form eines Zitates erklärte: »Amo heißt volo, ut sis, sagte einmal Augustinus: »Ich liebe Dich – ich will, dass Du sieest, was Du bist« (ebd.: 31). Nicht in der Assimilation, sondern in der Treue zu sich sah sie den Weg der Paria. Rebell sein und Jude bleiben schlossen sich für Arendt nicht aus. Deshalb wies sie jede Art von Gleichheitsforderung, die dazu führt, dass eine Minderheit sich unsichtbar zu machen hat, zurück. Diese Haltung markiert ihre Geburt als politische Denkerin und enthält im Kern eine politische Theorie der Pluralität, den sie in *Vita activa* ausbaute.

Einigkeit ist in der Demokratie kein Wert an sich. Wer, wie Teile der Linken, soziale Gerechtigkeit immer wieder gegen die vermeintlich narzisstische Identitätspolitik ausspielt, übersieht, dass erfolgreiche Kämpfe für Gerechtigkeit immer auch »identitätspolitisch« angelegt waren. Die Trennung von Demokratie und Liberalismus hat eine lange Tradition. Ihren Höhepunkt erreichte diese in der Zwischenkriegszeit in der Weimarer Republik, als der Staatsrechtler und Nazi Carl Schmitt die Idee kollektiver Selbstbestimmung eines partikularen Volkes kategorisch von liberalen, aus seiner Sicht stets universellen Menschenrechten unterschied. Damit wurde der Boden für den Nationalsozialismus vorbereitet.

Als Theoretikerin der politischen Moderne nimmt Arendt wichtige Anliegen heutiger Minderheiten- und Identitätspolitik vorweg, wenn sie in einem Interview mit Günter Gaus sagt: »Wenn man als Jude angegriffen wird, muss man sich als Jude verteidigen.«⁶ Mit diesem Satz ermuntert Arendt auch heute alle Paria, bewusst zu dem zu stehen, der man ist, und sich als der zu wehren, als der man angegriffen wird. Nach ihrer Rückkehr nach Deutschland bestand sie darauf, aus der Perspektive des bewussten Paria zu schreiben und zu sprechen.

14.1 Pluralität und Homogenität

Handeln und Pluralität sind grundlegende Kategorien in Arendts Werk. Schon zu Beginn von *Vita activa* weist Arendt auf den für sie zentralen Tatbestand hin: Für Menschen heißt »Leben – so viel wie »unter Menschen weilen« (VA: 17). Die Grundbedingung des Handelns sei das »Faktum der Pluralität«, die »Tatsache, dass nicht

6 Fernsehgespräch mit Günter Gaus (1964), in: Hannah Arendt: Ich will verstehen, München 1996.

ein Mensch, sondern viele Menschen auf der Erde leben und die Welt bevölkern« (ebd.). Diese Pluralität manifestiere sich »auf zweierlei Art, als Gleichheit und als Verschiedenheit«. Gleichartigkeit ist nach Arendt die Voraussetzung, um einander verstehen und miteinander handeln zu können. Da jede Person sich von jeder anderen unterscheide, hinsichtlich ihrer Herkunft, Erfahrungen, ihres Geschlechts, ihrer Interessen und Sichtweisen (VA: 213), seien die Menschen absolut verschieden. Dass Menschen sich in ihrem Anderssein mit Respekt begegnen, da alle Menschen von Geburt aus gleich sind, garantiert für Arendt die wechselseitige Anerkennung von Differenz noch nicht. Denn die Verschiedenheit bildet auch die Grundlage für Vorurteile und Konflikte und könne nicht per Gesetz einfach abgestellt werden, da dies mit der Freiheit der Person sich nicht vereinbaren lasse. Gleichwohl müsse eine Rechtsgleichheit hergestellt werden, die jedem Menschen die Freiheit gibt, er selbst sein zu können. Eine Rechtsgleichheit, die der Freiheit der Entscheidung und des Handelns dient und den Menschen in die Lage versetzt, in der Gemeinschaft mit anderen Verantwortung für sich und die Welt zu übernehmen. Aufgrund unterschiedlicher Interessen und Perspektiven werden politische Aushandlungsprozesse nötig. In der »Wirklichkeit des öffentlichen Raumes«, so Arendt, in dem es »keinen gemeinsamen Maßstab und keinen Generalnenner je geben« könne, in dieser gemeinsamen Welt nehmen alle »verschiedene Plätze in ihr ein, und die Position des einen kann mit der eines anderen« nicht zusammenfallen (VA: 71). Politik sei nur dann möglich, wenn man seinen isolierten Beobachterposten und den Anspruch auf absolute Objektivität aufgebe. Dies bedeute aber nicht, sich von fremden Urteilen zwingen zu lassen. Die verschiedenen Interessen ließen sich verstehen und sinnvoll aufeinander beziehen, wenn man den Betroffenen zuhöre, statt sie gegeneinander auszuspielen und in einem homogenen »Wir« aufzulösen. »Worauf es aber à la longue ankommt«, so Arendt im Düsseldorfer Bildungsforum, »ist immer die Möglichkeit, sich einig zu werden, ist der Kompromiss, bei dem beide Seiten zueinanderfinden«⁷.

Mit dem Begriff Pluralität beschreibt Arendt den »Vollzugsmodus des Sich-Aktiv-Unterscheidens und des Sich-Zeigens«⁸ in modernen demokratischen Gesellschaften. Pluralität gilt ihr als Grundbedingung, die uns Menschen auszeichnet. Gleichheit und Verschiedenheit manifestierten sich für Arendt im Sprechen als »Vollzugsidentität von Pluralität«. Pluralität bedeutet eine Pluralität von Perspektiven und des Weltzugangs. Das Pluralitätsgeschehen bringt schließlich ein Bezugsgewebe menschlicher Angelegenheiten hervor, eine Welt- und Sinndimension und garantiert eine offene, verhandelbare Zukunft. Diese »gemeinsame Welt«, dieses »Bezugsgewebe«, geht jedoch »in Stücke«, wenn Pluralität mangels Interesse

7 H. Arendt, Beiträge beim Podiums-Gespräch »Legitimität der Lüge in der Politik«, S. 191.

8 Sophie Loidolt: Hannah Arendt und die conditio humana der Pluralität, S. 11, https://www.academia.edu/1146916/Hannah_Arendt_and_die_conditio_humana_der_Pluralit%C3%A4t.

nicht vollzogen oder durch den Staat unterdrückt wird. Pluralität schließt Differenz ein und Homogenität – sei es nationale, ethnische oder kulturelle Homogenität – aus: »Eine gemeinsame Welt verschwindet, wenn sie nur unter einem Aspekt gesehen wird; sie existiert überhaupt nur in der Vielfalt ihrer Perspektiven« (VA: 73). Die Logik von »Wir« und den »Anderen«, die die eigene Identität auf- und die andere Identität abwertet, ist nach Arendt das Ende von Politik.

Pluralität ist nicht einfach da, sie vollzieht sich in einem öffentlichen Erscheinungsraum und muss immer wieder aktiviert werden wie das Erklingen eines Musikstücks. Arendts Begriff der Pluralität korrespondiert mit dem Begriff der Inklusion und dem der Solidarität. Politische Solidarität ermöglicht Handlungsspielräume, die »ausgeschlossene Perspektiven hör- und sichtbar machen und nach neuen politischen Entwicklungspfaden suchen«, bemerken die Politikwissenschaftler:innen Michael Reder und Karolin-Sophie Stüber. Die Verschiedenheit bilde »den Ausgangspunkt des Politischen«⁹. Solidarität gilt ihnen als ein zentraler Topos einer Wir-Gemeinschaft. Das Gemeinsame lasse sich bei Arendt aber nur in der Differenz denken. Nicht »die Identität der immer schon Geeinten« werde politisch als »das Gemeinsame verstanden, sondern das, worauf sich Verschiedene und Unterschiedliche als das ihnen Gemeinsame geeinigt haben«¹⁰.

In der Demokratie bleibt die Minderheit ungeschützt, solange liberale Freiheiten kein fester Bestandteil der demokratischen Institutionen sind. Ihr Fehlen oder ihre Aushöhlung, wie etwa in Ungarn oder Polen, kann zu einer totalitären Art der »Volksdemokratie« führen. Hauptfeind der Nationalsozialisten und Stalinisten war schon immer der Liberalismus – weniger der ökonomische als der politische der Menschenrechte. So bedeutet »das chinesische nationalistische Projekt eines ›Großen Wiederauflebens der chinesischen Nation‹ für die ethnischen Minderheiten [...], dass sie mit finaler Gewalt nun eingeschmolzen, dekulturiert und ›sinisiert‹ werden«¹¹. China hat keine Immigrationspolitik und bis heute keinem einzigen Geflüchteten Asyl gewährt.¹² Vielmehr zeigt sich ein offenerer, aber selten offen benannter Rassismus. In dem 2013 durch einen Leak der chinesischen Journalistin

9 Michael Reder, Karoline-Sophie Stüber: Solidarität in der Krise. Für ein Verständnis politischer Solidarität in Corona-Zeiten im Anschluss an H. Arendt, in: Zeitschrift für Praktische Philosophie, Band 7, Heft 2, 2020, S. 443–466, <https://www.praktische-philosophie.org>, <http://doi.org/10.22613/zfpp/7.2.18>

10 Ernst Vollrath: Hannah Arendt, in: Karl Graf Ballestrem und Henning Ottmann (Hg.): Politische Philosophie des 20. Jahrhunderts, Oldenburg, München 1990, S. 21.

11 Gerd Koenen: China. Die Partei als unsichtbarer Gott, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7/2021, S. 60.

12 Laut UNHCR halten sich in China derzeit beispielsweise lediglich rund 100 Geflüchtete aus Somalia auf. Vgl. Franka Lu: Ein Hass, der chinesische Wurzeln hat, Die Zeit, 18.03.2019, <https://www.zeit.de/kultur/2019-03/fremdenfeindlichkeit-china-fluechtlings-rassismus-asyldebatte>

Gao Yu an die weltweite Öffentlichkeit gelangten Strategiepapier der Kommunistischen Partei Chinas, dem *Document No. 9*, wird vor der Verbreitung westlicher Werte in Bildung und Erziehung in China gewarnt. Dazu gehört die Verbreitung universeller Werte wie Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Demokratie. Gao Yu wurde zu sieben Jahren Haft verurteilt.¹³

Die Notwendigkeit der Herstellung von Pluralität als das Miteinander-Handeln korrespondiert mit dem Individualisierungsprozess der Moderne, ein Prozess, der aktuell weltweit zur Erosion kultureller Blöcke und Klassen führt. So stehen heute wie damals zwei Einstellungen einander gegenüber, von denen nur eine die Begegnung mit dem Fremden als »source of pleasure« (John Stuart Mill) für die Identitätsbildung betrachtet: die liberale Demokratie. Insofern geht auch das pluralistische Kulturverständnis in der Kulturgeschichtsschreibung einher mit einem offenen Horizont menschlichen Tätigseins und der Anerkennung seiner Gleichwertigkeit. »Die Anbindung der Bestimmung des wirklichen Menschen an Klassen-, Volks- oder Rassenzugehörigkeit ist gleichsam die Perversion der abendländischen Menschheitsidee,«¹⁴ bemerkt hierzu der Philosoph Gerald Hartung.

Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts war das Individuum einem starken Homogenisierungsdruck ausgesetzt. Der Wertpluralismus entstand im 19. Jahrhundert zeitgleich mit dem Nationalismus – der seinerseits versuchte, die Gesellschaft zu homogenisieren und dabei auf rassistische Abwege geriet und in Deutschland bis zu Auschwitz führte. Arendt skizzierte Mitte des letzten Jahrhunderts den Pluralismus als *condition humaine* moderner Gesellschaften. Da zwischen den Menschen keine Homogenität besteht, müssten sie lernen, miteinander zu leben, zu sprechen und ihre Interessen abzuklären. Es gibt keine weiße, schwarze oder gelbe Vernunft. Die Aufgabe von Aufklärung liegt darin, mit kulturellen Unterschieden vernünftig umzugehen. Ein »Wir« existiert nur im Plural. Es ist Arendts Verdienst, dass sie die Idee der Politik mit dem Begriff der Pluralität identifiziert und ihn dadurch von einer ethnischen Homogenität abgrenzt. Die Stärke ihrer Idee der öffentlichen Freiheit besteht im Begriff einer kommunikativen Macht und ihrer klaren Ablehnung eines Herkunftspartikularismus – Politik als zukunftsoffenes Projekt, das niemanden ausschließt.

13 Dokument Nummer 9, https://de.wikipedia.org/wiki/Dokument_Nummer_9

14 Gerald Hartung: Philosophische Anthropologie, Stuttgart 2008, S. 87.